

2 Die kopernikanische Wende der Sozialwissenschaften als Herausforderung für die Theoriebildung

„Denn dasselbe ist
Erkennen und Sein“
(Parmenides)

Der Einfluss des Rechts auf den Prozess der europäischen Integration wurde erst spät erkannt. Hatten sich sozial- und politikwissenschaftliche Theorien während des Zweiten Weltkriegs und in den Jahren danach hauptsächlich mit normativen Fragen und den Möglichkeiten einer friedvollen Nachkriegsordnung in Europa befasst (etwa Spinelli u. Rossi [1941]²⁴ 1985, Spinelli 1958, Friedrich 1964, 1968, Mitrany 1965, 1966, Deutsch et al. 1957, Haas 1958), so entstanden bald auch deskriptiv-analytische Theorien, die Erklärungen für den sich vollziehenden Integrationsprozess vorlegten. Die *Integration durch Recht* erfuhr allerdings erst sehr spät Aufmerksamkeit. Es war nicht vor den späten 1980er und frühen 1990er Jahren, dass vermehrt auch Arbeiten entstanden, die, vor dem Hintergrund der einflussreichen Judikatur des EuGH, das Recht in den Fokus der Analyse rückten. Allerdings handelte es sich bei diesen Arbeiten, die sich mit der Integration durch Recht (*engl.* Integration through Law) beschäftigten, nicht wirklich um integrationstheoretische Studien. Eher war es die Entdeckung eines lange unterschätzten und vernachlässigten Forschungsfeldes, das sich zweifelsohne, wie Haltern feststellt, vor allem „durch Fragmentierung und Heterogenität aus[zeichnete,] kaum gemeinsame oder gar homogene Annahmen, Erwartungen, Reichweiten, Methoden oder Erkenntnisgegenstände [besaß] und ... nicht über eine konsistente Methodologie oder ein kohärentes Verständnis von Prozessen oder Gegenständen“ verfügte (2005a: 282; vgl. ders. 2005b).

Wegbereitend sind bis heute die grundlegenden Arbeiten von Joseph Weiler, Mauro Cappelletti, Eric Stein und Hjalte Rasmussen, die schon früh die bahnbrechenden Rechtsdoktrinen und bedeutsamen Linien der europäischen Rechtsschöpfung und Rechtsfortbildung herausgearbeitet und damit den Grundstein

24 Die Jahreszahl in der eckigen Klammer bezieht sich jeweils auf das Erscheinungsjahr der Originalausgabe.

für eine integrationstheoretische Beschäftigung mit dem Recht gelegt haben (vgl. Weiler 1981, 1991, 1993, 1994, 2001, 2002b, Cappelletti, Seccombe u. Weiler 1985, Stein 1981, Rasmussen 1986, 1988, 1992; auch de Búrca u. Weiler 2001, Haltern 2007a). Fortan widmeten sich politikwissenschaftliche Studien immer häufiger der Frage nach den Gründen der Entstehung eines gemeinsamen europäischen Rechtsraumes und seiner Ausweitung durch den EuGH (etwa Alter 1996, 1998, 2000, 2001, 2002, 2009a, 2009b, 2009c, Burley u. Mattli 1993, Mattli u. Slaughter 1995, 1998a, b, Conant 2002, Garrett, Kelemen u. Schulz 1998, Garrett 1992, 1995, Heisenberg u. Richmond 2002, Höpner 2008a, 2010, Hunt 2007, Josselin u. Marciano 2007, Kilroy 1999, Moravcsik 1995b, Pollack 1997, Slaughter, Stone Sweet u. Weiler 1998, Stone Sweet 1999, 2004, 2005, 2010, Scharpf 1999, 2006, 2009, Shapiro u. Stone Sweet 2002, Schepel u. Blankenburg 2001; für einen Überblick vgl. Conant 2007, Schepel 2000, Grimm u. Jakobeit 2009).

Neben der Öffnung der Politikwissenschaft für neue Forschungsfelder, wie das Recht, hat jedoch ein weitaus tieferer Wandel stattgefunden; ein Wandel, den man wegen seines grundlegenden Charakters durchaus als eine „kopernikanische Wende der Sozialwissenschaften“ bezeichnen könnte und der sich dadurch auszeichnet, dass vermehrt erkenntnistheoretische Aspekte in das Zentrum des Interesses politikwissenschaftlicher Theoriebildung gerückt sind. Diese Wende betrifft auch die Integrationstheorie. Denn durch das zunehmende Aufkommen sozialkonstruktivistischer Analysen seit Ende der 1980er Jahre, insbesondere in den *Internationalen Beziehungen* (etwa Wendt 1992, 1995, 2003, Adler 1997, 2002, Checkel 1998, 2001, Kratochwil 1993a, b, 1994, Finnemore 1996a, b, 2000, 2001, Onuf 1989, 1994, 2001, Keck 1995, 1997, Risse 2000; für einen ersten Überblick auch Fearon u. Wendt 2002), ist auch die europäische Integrationsforschung vor neue Herausforderungen und Aufgaben gestellt worden. Seither wird nicht mehr nur über verschiedene Theorien und deren Inhalte, also deren Erklärungsmuster, Hypothesen und Variablen, gestritten. Vielmehr werden heute aus einer konstruktivistischen Perspektive auch die Bedingungen der Möglichkeit von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen überhaupt kritisch hinterfragt.

Vertreter des Konstruktivismus wenden sich dabei vor allem gegen einen starren Wissenschaftspositivismus, also all diejenigen Theorien, die lediglich an exakt messbaren Phänomenen, in der Natur beobachtbaren Tatsachen und realen Gegebenheiten interessiert sind.²⁵ In den Sozialwissenschaften wird diese Fundierung und die damit verbundene Annahme einer, auf der Grundlage dispositiver

25 Des Weiteren beinhaltet die positivistische Position immer auch die Annahme einer wesentlichen Unveränderbarkeit ihres Untersuchungsobjekts und seiner Beschaffenheiten.

Eigenschaften begründeten, generellen Erklärbarkeit menschlichen Denkens und Handelns in wachsendem Maße in Zweifel gezogen und von konstruktivistischen Arbeiten unter dem Hinweis auf die Veränderbarkeit von Normen, Werten, Einstellungen, Auffassungen, aber auch Präferenzen, Interessen oder Ideen regelmäßig kritisiert (etwa Hollis 1977, 1991, Hollis u. Smith 1990, Taylor 1981, Finnemore 1996a, Kratochwil 1993b, 2000, Risse 2003, Johnston 2005, Checkel 2005, Zürn u. Checkel 2005; vgl. auch Müller 2004). Debatten um die erkenntnistheoretischen Fragen „Was kann ich wissen?“ oder „Wie kann ich sicher sein?“ sind neben die Auseinandersetzungen um die „richtigen“ Erklärungsmuster oder -faktoren getreten. Es geht nicht mehr allein um die Frage, wie die Welt beschaffen ist, sondern auch darum, wie wir mit ihr in Kontakt treten können, wie bzw. inwieweit wir überhaupt Wissen von ihr erlangen können und wie wir sie durch unser Tun verändern. Nicht nur das zu beobachtende Objekt, sondern auch der Beobachter selbst und die Möglichkeiten seiner Erkenntnis werden im Rahmen neuerer (sozial)konstruktivistischer Arbeiten zum Thema gemacht.

Die damit aufgeworfenen Probleme und das daraus hervorgehende konstruktivistische Forschungsprogramm sind freilich nicht neu. Auf die generelle Bedingtheit der Beobachtung durch den Beobachter ist in den Naturwissenschaften bereits der Astronom Nikolaus Kopernikus (1473–1543) aufmerksam geworden. Er hatte sich bereits in der Mitte des letzten Jahrtausends die Frage gestellt, wie wir Bewegungen von Sternen und Planeten überhaupt beobachten und erklären können. Seine Antwort: Es ist die Perspektive des Betrachters, die bestimmt, wie Bewegungen in der Natur wahrgenommen werden. Denn die scheinbare Wanderung der Himmelskörper, wie wir sie von der Erde mit bloßem Auge sehen können, so Kopernikus, lässt noch keinen Rückschluss auf deren tatsächliche Bewegung im Raum zu. Zwar sehen wir jeden Tag die Sonne auf- und untergehen, doch ist es tatsächlich nicht die Sonne, die sich bewegt, sondern die Erde selbst und mit ihr die darauf beheimateten Beobachter der Sonne. Die eigene Position und die Bewegung im Raum sind es, so Kopernikus, die bestimmen, was wir wahrnehmen und für wirklich halten. Es gibt also nicht eine einzige, richtige Perspektive auf die Dinge, sondern eher viele „relative“ Möglichkeiten, die Welt zu betrachten und wahrzunehmen. Der durch Kopernikus initiierte Perspektivwandel, vom damals vorherrschenden geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild, ist auch als „kopernikanische Wende“ bekannt geworden.

Das von Kopernikus entdeckte astronomische Problem der Erkenntnis ist nun keines, das sich nur auf die Naturwissenschaften beschränken würde. Auch der sozialwissenschaftliche Beobachter muss sich im Klaren über die Perspektive im *sozialen* Raum werden, um die Wirklichkeit erfassen und Vorgänge ver-

stehen und erklären zu können. Das Wort „Wirklichkeit“ sollte hier ruhig in seiner ursprünglichen Bedeutung aufgefasst werden, also etwas, das wirksam oder wirkend ist, Wirkung entfaltet, in seiner Gegebenheit fassbar ist. Im Gegensatz zu dem recht ähnlichen Begriff „Realität“ meint „Wirklichkeit“ etwas, das sich im Hier und Jetzt zeigt, aber immer auch in Bewegung ist – ein Geschehen, ein Werden. In konstruktivistischer Perspektive heißt dies: *Die eine* erfahrbare Wirklichkeit gibt es nicht. Wirklichkeit wird im Gegensatz zu einer positivistisch-ontologischen Vorstellung nicht als objektives Faktum angenommen, sondern entsteht durch menschliche *Wahrnehmung*. Dies deckt sich im Übrigen auch mit den Erkenntnissen der modernen Neurobiologie, die zwischen der Realität als physischem Faktum und der durch das menschliche Gehirn produzierten Wirklichkeit – eben der Wahrnehmung – differenziert (vgl. Roth 1997: 324, Hüther 2011). Das heißt jedoch nicht, dass diese subjektive Wirklichkeit weniger real wäre bzw. – und dies läuft aus konstruktivistischer Sicht auf das Gleiche heraus – dem Beobachter weniger real vorkommen würde. Oder wie Heinz von Foerster sagt: „... *was man wahr nimmt, nimmt man für wahr. Es gibt ja kein Falschnehmen*“ (1992: 51).

Die Beschäftigung mit der menschlichen Wahrnehmung ist daher alles andere als trivial und verdient Beachtung. Eine konstruktivistische Untersuchung interessiert sich für das Erkenntnisobjekt, genauso wie für das Erkenntnissubjekt. Dies ist m. E. der eigentliche Unterschied zu einem positivistischen Verständnis von Wissenschaft. Ähnlich wie bei Kopernikus ist auch im sozialwissenschaftlichen Konstruktivismus die Position des Beobachters, sein Eingebettetsein in einen sozialen, institutionellen, kulturellen und historischen Kontext und sein Verhältnis zum Erkenntnisobjekt, entscheidend für seine Perzeption, sein „Für-Wahr-Nehmen“. Dies schließt (zumindest der Möglichkeit nach) die eigene Position als wissenschaftlicher Beobachter durchaus mit ein. Denn dieser steht ja vor dem gleichen Problem der Erkenntnis, wie alle anderen auch. Der Sozialwissenschaftler muss sich folglich im Klaren über seine eigene Position in einer durch und durch sozial konstruierten Wirklichkeit und über sein Verhältnis zu dieser werden, um Erkenntnis begründen zu können. In gewisser Weise muss dabei das wissenschaftliche Prinzip der Objektivität aufgegeben werden. Es muss als obsolet erklärt werden. Denn Objektivität scheint ja gerade die Trennung des Beobachters vom Beobachteten zu beinhalten (vgl. von Foerster 1992: 44, Glaserfeld 1992). Der Konstruktivismus jedoch macht den Beobachter zum nicht hintergehbaren Ausgangspunkt von Erkenntnis. Anders gesagt: Es handelt sich um die Bewusstwerdung der Bedingtheit der Beobachtung durch den Beobachter – die „kopernikanische Wende der Sozialwissenschaften“.

An diesen Wandel hin zu einer Beobachtung zweiter Ordnung (die Beobachtung der Beobachtung) schließt sich die Frage an, wie wir uns als Beobachter überhaupt über die Wirklichkeit gewiss werden können; wie wir in Kontakt mit ihr treten und wie wir zu sicheren Erkenntnissen von ihr gelangen können. Auch diese Frage ist keineswegs eine neue, erst durch den (Sozial)konstruktivismus aufgeworfene. Schon immer haben Menschen über die Begründetheit des eigenen Wissens nachgedacht und diese kritisch hinterfragt. Bereits im 17. Jahrhundert hatte sich der französische Philosoph, Mathematiker und frühe Wegbereiter der französischen Aufklärung, René Descartes (1596–1650), in seinen *Meditationes* mit einer Methode des radikalen Zweifels auf die Suche nach einem Fixpunkt der menschlichen Erkenntnis gemacht. Zurückgezogen von allen störenden äußeren Einflüssen ging Descartes durch ständiges Hinterfragen sinnlicher Eindrücke immer weiter zurück, bis er schließlich nahezu all seine bisherigen Auffassungen und Glaubenssätze anzweifeln musste. Descartes schien den Boden unter den Füßen seines vermeintlichen Wissens zu verlieren. Seinen archimedischen Punkt der Erkenntnis (Albert [1968] 1991: 10) fand Descartes dann aber doch; und zwar in der unmittelbaren Präsenz seiner eigenen Gedanken und der einfachen aber sicheren Gewissheit des „cogito ergo sum“. Auf diesem festen Grund der Erkenntnis konnte Descartes aufbauen und sich seiner Welt wieder von Neuem versichern.

Möchte man noch weiter in die Geschichte der Philosophie zurückreisen, so kann man bereits in der griechischen Antike „moderne“ Fragen nach der Möglichkeit menschlicher Erkenntnis finden. In seinem berühmten *Höhlengleichnis*²⁶ schildert Platon (ca. 427–347 v. Chr.) eine Situation, in der eine Gruppe Gefangener gefesselt in einer Höhle sitzt. Da die Gefangenen sich bereits seit ihrer frühesten Kindheit in der Höhle befinden und seither dazu gezwungen sind, nur die Rückwand der Höhle zu betrachten, denken sie, dass die darauf projizierten Schatten die Wirklichkeit sind. In gewisser Weise sind diese das ja auch, nur eben nicht in einem ursprünglichen Sinn. Denn hinter der Welt der Schatten steckt eine Ebene höherer Erkenntnis, oder wie Platon sagt, „das Seiende“. Auch wenn man die Existenz eines primären, wahren und übergeordneten Seins ablehnt, oder die Suche danach für vergeblich hält, so gibt das Höhlengleichnis doch schon einen wertvollen erkenntnistheoretischen Hinweis: Das, was uns in der Welt als wahr und wirklich erscheint, muss nicht gleichbedeutend mit dem Tatsächlichen bzw. der Realität sein. Oder: Die Gewissheit des Seins ist nicht gleichbedeutend mit dem Wissen vom Sein.

26 *Politeia*, Buch VII, 514a–521b.

Wahrscheinlich haben diese Fragen nach den sicheren Gründen des eigenen Wissens den Menschen schon lange vor Platon umgetrieben. Gewissermaßen handelt es sich dabei nicht einmal um Fragen, welche die Philosophie erst durch ihr Nachdenken über die Welt hervorgebracht hat. Die meisten Menschen sind auf Fragen, wie „Kann ich sicher sein, dass ich wirklich bin/dass meine Umwelt wirklich ist“, bereits in ihrer Kindheit gestoßen – lange bevor sie mit philosophischen Lehren und Überlegungen in Kontakt gekommen sind. Nur haben sie den damit verbundenen Zweifel schnell wieder verworfen. Im Grunde beschäftigen sich die Sozialwissenschaften und auch die im europäischen Kontext entwickelte Integrationstheorie heute wieder mit eben diesen Problemen, vor denen einst Platon und Descartes wie auch zahllose andere „Philosophen“ standen. An Schwierigkeit, aber auch Wichtigkeit, haben diese bis heute nicht verloren. Fragen der Wissenschaft werden gleichsam zu Fragen der Möglichkeitsbedingungen von Wissen überhaupt. Und dies betrifft nun nicht allein konstruktivistische Arbeiten – wie sinnvoll oder sinnlos man dieses Etikett vor dem Hintergrund der zuvor gemachten Ausführungen auch halten mag – oder solche, die sich mit erkenntnistheoretischen Fragen auseinandersetzen. Bei der Entwicklung von Theorien (dies gilt auch für die Integrationstheorien) scheint nunmehr immer auch ein Bekenntnis über die epistemologische Grundlage der eigenen Arbeit abgelegt werden zu müssen. „Wie hältst du es mit der Erkenntnis“, könnte man jeden Theoretiker kritisch fragen. Eine Antwort auf diese Frage würde immer auch, implizit oder explizit, eine Rechtfertigung für das eigene methodische Vorgehen enthalten. Genauso wie Kopernikus' Entdeckungen und Descartes' Erkenntnisse die „ewigen“ religiösen Lehrsätze der Kirche vor eine schwere Herausforderung stellten, so sind heute, durch die erkenntnistheoretische Kritik des Konstruktivismus, der Möglichkeit nach, *alle* sozialwissenschaftlichen Theorien herausgefordert – also nicht nur diejenigen, die sich direkt oder indirekt damit auseinandersetzen (wie etwa Moravcsik 1999; vgl. auch Checkel u. Moravcsik 2001).

Dies wird noch deutlicher, wenn man sich darüber im Klaren wird, in welchem Verhältnis das konstruktivistische Forschungsprogramm eigentlich zu den bisher entwickelten Ansätzen, insbesondere denen zur Erklärung der europäischen Integration, steht. Der Konstruktivismus kann vor dem Hintergrund seiner epistemologischen Kritik an der positivistischen Wissenschaft bzw. seines Interesses an „sozialen Ontologien“ (Wiener 2003: 252) nicht als ein neuer Erklärungsansatz oder als eine Art neue Forschungsrichtung neben den bisherigen angesehen werden. Denn die vom Konstruktivismus aufgeworfenen Probleme sind, wie an den Beispielen Platon, Kopernikus und Descartes gezeigt wurde, so alt wie die Philosophie selbst. Der Konstruktivismus repräsentiert gerade nicht – wie oft ver-

kürzt behauptet wird – eine neue Richtung der Forschung. Auch die gängige Kategorisierung als „Meta-Theorie“ (so etwa Christiansen, Jørgensen u. Wiener 1999: 531 ff.) scheint nicht recht zu passen und steht überdies in der Gefahr, eine nicht zu rechtfertigende Theoriehierarchie zu etablieren, da hiermit immer auch eine klare Abgrenzung und Unterordnung der „herkömmlichen“ Theorien nahe gelegt wird. Denn eine Meta-Theorie – also eine Theorie über Theorien – kann nur in Form eines Meta-Diskurses kritisiert werden, niemals jedoch von ihrem Untersuchungsobjekt (der Theorie erster Ordnung): Meta-Theorien entziehen sich von vornherein, per Definition, der Kritik derjenigen Theorien, die sie selbst kritisieren. Die zu untersuchenden Theorien werden auf dem Seziertisch der Meta-Theorie zwar zum Objekt, nie jedoch zum Subjekt der Auseinandersetzung. Genau in diesem One-Way-Verhältnis liegt zweifelsohne die ernst zu nehmende Gefahr einer nicht legitimierbaren Überordnung gegenüber anderen theoretischen Annahmen begründet.²⁷ Die Beschäftigung mit der Erkenntnistheorie ist insofern immer auch ein kritisches Unterfangen, das nicht nur das Risiko eines praxisfernen Reflektierens in sich trägt, sondern auch, über das eigentliche Erkenntnisinteresse hinaus, starke normative Implikationen mit sich bringt, die sich dann möglicherweise einer korrigierenden Kritik unter Verweis auf die vermeintlich höhere Argumentationsebene entziehen. Man sollte deshalb das konstruktivistische Forschungsprogramm in der Politikwissenschaft zunächst einmal als die Wiederentdeckung altbekannter Fragen der Erkenntnisphilosophie auffassen und dieses nicht von vornherein der Sphäre der „Meta-Theorien“ zuschlagen.

Insofern ist auch die Rede vom Konstruktivismus eher eine beliebige Bezeichnung, was sich im Übrigen mit den vielen Etiketten – von Sozialkonstruktivismus und radikalen Konstruktivismus über Poststrukturalismus und Postmodernismus bis Reflektivismus und Dekonstruktivismus – deckt, die dem Interesse an der Erkenntnistheorie angeheftet werden.²⁸ Im Kern geht es bei all diesen Ansätzen und

27 Der Begriff „Metaphysik“ im Verständnis der Aufklärung und das gleichnamige Forschungsprogramm scheint solch eine Überordnung zu enthalten und insofern beispielhaft für die Gefahr einer Verengung des Blicks auf die Meta-Ebene zu sein. Mit der Metaphysik sollte ja gerade eine Abgrenzung zur bloßen Physik, auf der einen Seite, und zu dem „unrationalen“ religiösen Glauben, auf der anderen Seite, geschaffen werden. Der Mensch sollte sich seiner selbst und seiner einzigartigen Fähigkeiten bewusst werden. Metaphysik war insofern immer auch ein emanzipatorischer, also aufklärerischer und so gesehen normativer Begriff.

Besonders scharfe Kritik erfuhr diese Ansicht durch den Wiener Kreis (1922–1936), dem u. a. auch Otto Neurath und Ludwig Wittgenstein angehörten und der sich zur Aufgabe gesetzt hatte, Fragen der Metaphysik, unabhängig von der Möglichkeit ihrer Existenz, außer Acht zu lassen bzw. sich wissenschaftlich auf das Empirische und „Tatsächliche“ zu konzentrieren.

28 Hierzu kritisch von Foerster 19: 42 ff., vgl. auch von Foerster u. Pörksen 2008.

Richtungen jedoch gerade nicht um die Entwicklung neuer, empirisch zu belegenden Hypothesen, sondern um deren Vorbedingungen, d. h. den Vorbedingungen von Wissen überhaupt.

Lange Zeit hatten diese Fragen innerhalb der Theoriebildung keine Rolle gespielt bzw. sind nicht thematisiert worden. Dies zeigt sich insbesondere auch in der Integrationsforschung, die sich in enger Verbindung mit dem geschichtlichen Prozess der europäischen Einigung entwickelte und weiterhin entwickelt. Hier dominieren bisher solche Theorien, die eine übergeordnete und allgemeingültige Formel für gelingende Integration suchen.²⁹ Man kann in diesem Zusammenhang durchaus von dem Vorherrschen einer wissenschaftlich-positivistischen Vorgehensweise sprechen. Die Bedeutung des Wortes „Positivismus“ besagt ja eigentlich nicht mehr, als dass man sich die durch den Konstruktivismus wiederentdeckten Fragen der Erkenntnisphilosophie gerade nicht mehr stellte bzw. stellen wollte, indem man sich, dem Ideal der „exakten Wissenschaften“ folgend, auf das *Positive* (abgeleitet von dem lateinischen Verb *ponere* → *positivum/us* = gesetzt, gegeben), also das vermeintlich Sichere, Unveränderbare, von Natur Gegebene, konzentrierte. Der Zweifel, der Descartes einst zu den Untiefen der Erkenntnis geführt hatte, sollte, wenn nicht völlig verbannt, so doch wenigstens in der Wissenschaft nicht mehr zum Tragen kommen. Man konzentrierte sich in Anlehnung an das Ideal der Naturwissenschaften auf das unmittelbar Wahrnehmbare, auf die Erkenntnis, die aus der Erfahrung ableitbar ist oder zumindest mit dieser empirisch in Einklang zu bringen ist. Eine positivistische Herangehensweise kann daher bestimmte Dinge und Tatsachen als gegebenes Fundament der Erkenntnis behaupten und muss sie nicht neuerlich hinterfragen.³⁰

Die „kopernikanische Wende der Sozialwissenschaften“ – die Wende vom Beobachteten zum Beobachtenden – stellt die positivistisch verfahrenende Theoriebildung und auch das trivial-rationalistische Akteursmodell nun unweigerlich vor eine entscheidende Herausforderung: Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die wissenschaftlichen Ausgangsbedingungen und hinterfragt diese. Die Frage nach der Richtigkeit einzelner Variablen und Faktoren der Erklärung von Wirklichkeit weicht der Frage nach der Rechtfertigung der theoretischen Vorgehensweise *an sich*. Hierin liegt zweifelsohne eine Chance, aber ebenso auch eine große Gefahr für die moderne sozialwissenschaftliche Theoriebildung:

29 Wie etwa der „Spillover-Effekt“ im Neofunktionalismus oder das an Souveränitätserhalt und Kostenvorteilen orientierte „Bargaining“ im Intergouvernementalismus.

30 In der europäischen Integrationstheorie scheint sich insbesondere die Annahme strategisch-rationaler Präferenzbildung und Interessendurchsetzung als ein solches Fundament etabliert zu haben.

Die *Chance* besteht in der Möglichkeit, ein besseres Verständnis für die Gründe von Integration und deren Zusammenhänge fernab monokausaler und insofern verzerrender Erklärungsmuster zu erlangen. Insbesondere für die Zentriertheit auf ein einseitiges und scheinbar naturgegebenes Konzept der Akteursrationalität sollte eine angemessenere Alternative möglich sein. Die festgefahrene Debatte zwischen integrationsskeptischen Intergouvernementalisten und integrationsoptimistischen Neofunktionalisten könnte jenseits der bestehenden Auseinandersetzungen mit neuem Leben erfüllt werden.

Die *Gefahr* der erkenntnistheoretischen Herangehensweise scheint allerdings weitaus größer zu sein: An die Stelle der „alten“ positiv gesetzten Fixpunkte müssen „neue“ treten, sofern man den reichen Schatz an Erkenntnissen der bisherigen Integrationsforschung nicht in einem infiniten Regress gänzlich aufgeben möchte. Doch wie werden diese bestimmt, ohne eine willkürliche Entscheidung zu treffen und somit den vermeintlichen Fehler erneut zu begehen? Die Gratwanderung zwischen radikalem Zweifel und unreflektiertem Positivismus scheint hier die eigentliche Schwierigkeit zu sein, mit der sich die Theoriebildung konfrontiert sieht.

In der europäischen Integrationstheorie haben sich heute aus erkenntnistheoretischer Sicht zwei extreme Lager ausdifferenziert, zwischen denen sich ein Spektrum „gemäßigter“ konstruktivistischer Theorien auftut: Auf der einen Seite die rationalistischen bzw. positivistischen Ansätze (z. B. Neorealismus, Liberaler Intergouvernementalismus, Supranationaler Institutionalismus, Neorationalismus, Rational Choice, Neofunktionalismus), die von der objektiven Beobachtbarkeit und Erfahrbarkeit von Wirklichkeit durch die empirische und theoretische Wissenschaft sowie deren sich stetig verbessernden Messinstrumenten und Methoden ausgehen. Auch die Handlungen einzelner oder zu Gruppen zusammengeschlossener Akteure und deren Interaktion sind demnach auf der Grundlage eines einheitlich-rationalen Handelns zu erklären. Demgegenüber stehen sog. poststrukturalistische bzw. postpositivistische Ansätze (z. B. Postmodernismus, „radikaler“ Konstruktivismus, feministische Ansätze, „kritische“ Theorie), welche die Existenz einer direkt und vor allem objektiv erfahrbaren Welt, und insofern auch das Bestehen einer allgemeinen Rationalität als Grundlage des Handelns, wenn nicht verneinen, so doch zumindest anzweifeln. Stattdessen kommt der Konstruktion sozialer Wirklichkeit und insbesondere der Untersuchung des durch Sprache transportierten Sinns, der Diskursanalyse, eine tragende Rolle zu.

Anders gesagt: Rationalisten sind auf der Suche nach (sozialen) Tatsachen und deren Erklärung, wohingegen Poststrukturalisten die Existenz solcher Tatsachen nur in ihrer faktischen vom Menschen konstituierten Dimension anerkennen und

zugleich kritisch hinterfragen. Erstere stellen ihr Forschungsvorhaben als die Suche nach einer sozialen Ontologie (Wissenschaft vom Seienden, Seinslehre) und objektiven Wahrheiten dar, wohingegen Letztere die Möglichkeit einer „Wissenschaft des Seins“ generell ablehnen, sich stattdessen auf Fragen der Epistemologie (Erkenntnistheorie) konzentrieren und nach der subjektiven Entstehung und Konstruktion von Wissen fragen. In der wissenschaftlichen Realität sind die beiden „Idealtypen“ in ihren Abstufungen eher fließend und im Zweifel nicht immer exakt voneinander trennbar. Sinnvoll ist die hier vorgenommene Abgrenzung der beiden theoretischen Lager allerdings dennoch insofern, als sich in der kritischen Auseinandersetzung mit beiden Theorieströmungen ein Rahmen für eine erkenntnistheoretische Position abstecken lässt, die weder einem unbegründbaren Dezisionismus verfallen, noch sich in einem kategorischen Zweifel ergeben muss. Die Dar- und Gegenüberstellung von Rationalismus und Poststrukturalismus dient also in erster Linie der Begrenzung einer Position, die mit beiden Endpunkten der Debatte um die europäische Integration und deren wissenschaftlicher Erklärung nicht zufrieden ist.

Ziel ist es hier nicht, ein repräsentatives Bild sämtlicher Positionen im oben dargestellten Spektrum zu zeichnen, sondern die erkenntnistheoretischen Extreme darzustellen und für die Entwicklung einer gemäßigten wie auch anwendungsorientierten Theorie zu nutzen, welche die Unzulänglichkeiten und auftretenden Probleme von Rationalismus und Poststrukturalismus vermeidet oder sogar auflösen kann. Beide Positionen seien an dieser Stelle kurz umrissen und begrifflich definiert. Hierbei werden bereits erste Probleme der Theorien aufgeworfen, die in der späteren Diskussion näher zu belegen sind:

Rationalismus: Vor allem sind bisher Annahmen aus den Internationalen Beziehungen und der für Europa entwickelten Integrationstheorie auf die Integration durch Recht übertragen worden.³¹ Eine systematische Auseinandersetzung mit dem Recht in Europa und seiner integrativen Kraft hat jedoch bisher nicht stattgefunden. Oftmals entsteht sogar der Eindruck, dass von politikwissenschaftlicher Seite kaum ein substanzielles Interesse an der Rechtsintegration besteht; dass es den Protagonisten rationalistischer Theorien eher darum geht, die Überlegenheit ihres favorisierten Ansatzes auch für den Bereich des Rechts zu beanspruchen, allerdings ohne sich mit dem Recht selbst auseinanderzusetzen. Dies lässt sich auch an den großtheoretischen Debatten nachvollziehen, die Mitte bis Ende der 1990er Jahre zwischen Theoretikern intergouvernementalistischer und neora-

31 Zum Verhältnis der europäischen Integrationstheorie zu den Theorien der Internationalen Beziehungen vgl. auch Bedarff u. Jakobeit 2006: 184 ff.

Europäische Integration im Kontext des Rechts

Grimmel, A.

2013, XXI, 401 S. 15 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-531-18535-4